

# TE OGH 1989/1/19 8Ob3/89

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 19.01.1989

## Kopf

Der Oberste Gerichtshof hat durch den Senatspräsidenten des Obersten Gerichtshofes Hon.-Prof. Dr. Griehsler als Vorsitzenden und durch die Hofräte des Obersten Gerichtshofes Dr. Kropfitsch, Dr. Huber, Dr. Schwarz und Dr. Graf als Richter in der Ablehnungssache der Gemeinschuldnerinnen 1.) Wilhelm P\*\*\* Hoch- und Tiefbau Gesellschaft mbH & Co KG, 2.) Wilhelm P\*\*\* Hoch- und Tiefbau Gesellschaft mbH, 4822 Bad Goisern 202, vertreten durch den Geschäftsführer Dipl.Ing. Wilhelm P\*\*\*, 4822 Bad Goisern, Bahnhofstraße 218, wegen Ablehnung von Richtern des Oberlandesgerichtes Linz infolge Rekurses der Gemeinschuldnerinnen gegen den Beschluß des Oberlandesgerichtes Linz vom 19. Dezember 1988, GZ Jv 7872-173/88-14, womit die Ablehnungsanträge vom 11. Dezember 1987, 13. Februar 1988 und 17. Februar 1988, zu S 45, 46/85-697, 754 und 756 des Kreisgerichtes Wels zurückgewiesen wurden, folgenden

Beschluß

gefaßt:

## Spruch

Dem Rekurs wird nicht Folge gegeben.

## Text

Begründung:

Das Oberlandesgericht Linz wies die Anträge der Gemeinschuldnerinnen auf Ablehnung der Senatspräsidenten des Oberlandesgerichtes Linz Dr. Wolfgang K\*\*\* und Dr. Kurt P\*\*\* sowie der Richter des Oberlandesgerichtes Linz Dr. Josef K\*\*\*, Dr. Gernot F\*\*\*, Dr. Reinhold S\*\*\*, Dr. Wolfgang M\*\*\* und Dr. Philipp B\*\*\* zurück. Es begründete seine Entscheidung damit, daß eine Befangenheit nicht darin erblickt werden könne, daß mit der Konkursache befaßte Richter (hier Dr. K\*\*\*, Dr. S\*\*\* und Dr. B\*\*\*) eine Anregung auf Bestellung eines Sachwalters für den Vertreter der Gemeinschuldnerinnen beim Pflegschaftsgericht stellten. Von einer "skrupellosen Rechtsverweigerung und Verhöhnung des Rechtssuchenden" könne nicht die Rede sein. Die Unrichtigkeit einer Entscheidung bilde im übrigen keinen Ablehnungsgrund. Soweit eine Befangenheitserklärung der Richter Dr. M\*\*\* und Dr. K\*\*\* vorliege, habe sich diese auf ein anderes Strafverfahren bezogen. Eine Befangenheit Dr. K\*\*\* infolge enger Freundschaft mit dem Konkurskommissär Mag. H\*\*\* liege nicht vor; es bestünde nur das übliche kollegiale Verhältnis. Für die Richtigkeit der Behauptung, Dr. K\*\*\* decke

Mag. H\*\*\*, bestehe nicht der geringste Anhaltspunkt; es sei eine haltlose Unterstellung, daß Dr. K\*\*\* die Entscheidungen des Oberlandesgerichtes Linz zugunsten "seines Freundes Mag. H\*\*\*" beeinflusse. Der Umstand, daß Dr. P\*\*\* der Vorsitzende des Senates sei, dem Dr. K\*\*\* angehöre, und die Richter Dr. B\*\*\*, Dr. S\*\*\* und Dr. F\*\*\* in dem Senat mitgewirkt hätten, dem auch Dr. K\*\*\* bzw. Dr. K\*\*\* angehörten, stelle schließlich ebenfalls keinen Ablehnungsgrund dar.

## Rechtliche Beurteilung

In dem dagegen erhobenen Rekurs, der sich ua auf eine Vielzahl anderer, hier nicht zu behandelnder Entscheidungen und auf die Ablehnung anderer Richter bezieht, erklären die durch Dipl.Ing. Wilhelm P\*\*\* vertretenen Gemeinschuldnerinnen, daß Dr. K\*\*\*, Dr. K\*\*\*, Dr. S\*\*\* und Dr. B\*\*\* sehr wohl befangen seien, weil sie trotz gegenteiliger Kenntnis "Sachwalteranregungen gestellt hätten". Dem hat jedoch schon der erkennende Senat des Oberlandesgerichtes Linz zutreffend entgegengehalten, daß eine solche ausschließlich in dienstlicher Eigenschaft gestellte Anregung auf Bestellung eines Sachwalters unter den vom Oberlandesgericht dargelegten Umständen keine Befangenheit der genannten Richter darstellen kann. Bedenken eines Richters gegen die Prozeßfähigkeit einer Partei lassen nicht den Schluß zu, daß er in der Sache selbst aus anderen als aus sachlichen Gründen entscheiden werde (8 Ob 30/88 ua).

Auch der unter Anspielung auf die Richter Dr. K\*\*\* und Dr. M\*\*\* weiters aufrecht erhaltenen Ablehnung hat schon der erkennende Senat des Oberlandesgerichtes Linz entgegengehalten, daß die Beantwortung der Frage, ob der abgelehnte Richter befangen ist, stets in bezug auf die Rechtssache zu prüfen ist, in welcher er wegen Befangenheit abgelehnt wurde (5 Ob 347-351/87; 5 N 316-320/87 ua); dazu stellten aber die Rechtsmittelwerber kein konkretes, sachbezogenes Vorbringen.

Auf die weiteren Ausführungen der Rechtsmittelwerber und insbesondere auch auf die Behauptung der Kenntnis Dr. K\*\*\* von angeblichen Fälschungen von Zwangsausgleichserfordernissen ist im Hinblick auf deren bereits zu wiederholten Malen als unzulässige Vorgangsweise qualifizierte Haltlosigkeit (vgl. 13 Os 127/88; 8 N 10/88; 8 Ob 30/88; 5 Ob 347-351/87; 5 N 316-320/87 uza) nicht weiter einzugehen; es genügt hiezu auf die Begründung des erkennenden Senates des Oberlandesgerichtes Linz (S. 8 des Beschlusses) zu verweisen.

Dem Rekurs war somit der Erfolg zu versagen.

## Anmerkung

E16291

### European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:1989:0080OB00003.89.0119.000

### Dokumentnummer

JJT\_19890119\_OGH0002\_0080OB00003\_8900000\_000

**Quelle:** Oberster Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)